

# Wochenblatt

für  
**Wilsdruff, Tharandt, Rossen,  
Siebenlehn und die Umgegenden.**  
Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsammt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags und kostet vierteljährlich 10 Ngr. — Inseratenannahme bis Montag resp. Donnerstag Mittag.

Nr 26.

Dienstag, den 31. März

1874.

## Auction.

Am 7. April 1874 Vormittags 10 Uhr

sollen im hiesigen Gerichtsamts-hause verschiedene Kleidungsstücke, 1 goldene Taschenuhr, goldne Ringe und andere Gegenstände gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden, was hiermit veröffentlicht wird.

Königliches Gerichtsammt Wilsdruff, den 26. März 1874.

Leonhardi.

## Tagesgeschichte.

Das Reichskanzleramt macht bekannt, daß vom 1. April 1874 ab alle anderen Goldmünzen als die Reichsgoldmünzen ferner nicht als gesetzliches Zahlungsmittel gelten und Niemand verpflichtet ist, sie in Zahlung anzunehmen. Doch findet im April, Mai und Juni eine Einlösung derselben statt. Der preuß. Friedrichsd'or wird zu 5 Thlr. 20 Ngr. eingelöst. Im Anschluß hieran ordnet das sächs. Finanzministerium an, daß in diesen drei Monaten auch die sächsischen Landesgoldmünzen, nämlich doppelte, einfache und halbe August- und Anton'd'or, kurfürstlich und königl. sächsische Ducaten, Sophienducaten, Kronen und halbe Kronen (gl. sächs. Gepräges, bei der Finanzhauptkasse zu Dresden, der Lotterie-Darlehnskasse zu Leipzig und dem Hauptsteueramt zu Chemnitz einzulösen sind, und zwar wird das Pfd. Feingold mit 465 Thlr. vergütet.

Der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck, welcher immer noch künstlicher Mittel bedarf, um die Schmerzen zu lindern und die nötige Ruhe herbeizuführen, hat von Neuem die Frage angeregt, ob es noch länger mit den Interessen des Reiches verträglich sei, statt einem besondern Reichsministerium den Schultern eines einzigen Mannes die Lasten sämtlicher Reichsangelegenheiten aufzubürden. Der Reichskanzler hat schon an den auswärtigen Angelegenheiten genug zu tragen, ist aber ebenso für Heer und Flotte, Post- und Telegraphenwesen, Finanzen und Reichsjustiz allein verantwortlich und außerdem als Minister für Lauenburg und Elsaß-Lothringen und als Vorsitzender des preuß. Staatsministeriums in fortwährender Thätigkeit. Solchen riesigen Aufgaben vermag selbst eine mit den besten Kräften ausgestattete Natur auf die Dauer nicht gerecht zu werden und die Ueberzeugung dringt immer mehr durch, daß es besser ist, bei Zeiten an eine gründliche Umgestaltung der jetzigen Einrichtung zu denken, als die Entscheidung zu vertagen, vielleicht bis zu einem Augenblick, wo es der staatsmännischen Einsicht, welche die deutsche Einheit bis zu diesem Punkte gebracht hat, nicht mehr möglich ist, für eine glückliche Lösung der schwierigen Verhältnisse einzutreten.

Berlin, 27. März. Ein einziger vom Bundesrath beschlossener Artikel, betreffend den Gesetzentwurf über die Behandlung der österreichischen Vereinsthaler, bestimmt, daß die in Oesterreich bis Ende 1867 geprägten Vereinsthaler und Vereinsdoppeltalder unter der Berechnung eines Thalers zu drei Mark an Stelle der Reichsmünzen bis zur Außercourssetzung bei allen Zahlungen anzunehmen sind.

Der Bundes-Commissar von Brauchitsch macht dem Reichstage himmelangst, daß das Preßgesetz zu den Todten gelegt werden wird, wenn die Abgeordneten nicht in letzter Stunde noch nachgeben. „Ich muß erklären, sagte er im Reichstag, daß Sie bereits durch so viele Abänderungen der Regierungsvorlage, wie beispielsweise durch die Ablehnung des Zeugniszwanges, die ursprüngliche Vorlage so wesentlich umgestaltet haben, daß ich die Zustimmung der verbündeten Regierungen kaum in Aussicht stellen kann. Ich muß es Ihnen überlassen, die Folgerungen daraus zu ziehen.“ (Die Sache scheint so zu stehen, daß das verbesserte Reichspreßgesetz von dem Bundesrathe angenommen werden wird, falls das Militärgesetz vom Reichstage angenommen wird; wenn nicht, nicht.)

Ein, der in Berlin an der Quelle sitzt, berichtet: Die Sozialdemokraten im Reichstage haben sich bekanntlich nicht als „Fraktion“ constituiert. Sie halten demgemäß auch keine Fraktions-sitzungen ab, ihren bescheideneren Ansprüchen genügt es, sich in der oder jener Aneipe zusammenzufinden und da über das „Wohl des vierten Standes, den sie vertreten,“ zu beraten. Sie scheinen dabei ein „Keller-Restaurant“ in der Mohrenstraße besonders zu begünstigen, wobei die Herren sich durchaus nicht daran zu stoßen scheinen, daß der Inhaber desselben — das betreffende Local ist nach Art Riquets eingerichtet — Hoflieferant ist. Die Herren setzen augenscheinlich ihren Bernichtungskampf mit bedeutenderem Erfolge als im Reichstage fort. Uebrigens ist es ein für den echten Sozialisten durchaus erfreuliches Zeichen, daß der Bruderzwist im Hause Lasalle beim „echten“ durchaus geschlichtet erscheint. Die Vertreter der „Eisenacher“ Sozialisten sitzen in brüderlicher Uebereinstimmung mit Hasselmann und Hasenclever zusammen und wer Geib und Hasselmann, Most und Hasenclever in traulichster „Fraktions-sitzung“ beisammen sieht, sollte nicht glauben, daß jemals das Stuhlbein eines „Eisenachers“ mit dem Kopfe eines „Allgemeinen Deutschen“ oder umgekehrt in unsanfte Berührung gekommen sei.

Die im Reichstage verbliebenen elsass-lothringischen Abgeordneten haben sich an ihre Kollegen, welche den Reichstag verlassen haben, gewendet, um sie zur Rückkehr und namentlich zur Anwesenheit bei der Berathung des elsass-lothringischen Verwaltungsberichts zu bestimmen. Die Mitglieder der Protestpartei haben indessen entschieden erklärt, daß sie den Reichstagsverhandlungen fern bleiben würden. Inzwischen bereitet das Centrum für die Berathung des gedachten Verwaltungsberichts Anträge vor, um für Elsaß-Lothringen eine eigene Landesvertretung zu erwirken.

Für Preußen hat der Finanzabschluß des Jahres 1873 einen noch ungleich bedeutenderen Ueberschuß ergeben, nämlich 21,400,000 Thaler. Wegen Verwendung derselben werden dem Landtage nach seinem Wiederzusammentritt noch Vorschläge gemacht werden.

Se. Maj. der König von Sachsen hat bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin auch den General-Feldmarschall Grafen v. Moltke besucht. Se. Maj. benutzte die erste freie Zeit nach der Ankunft in Berlin dazu, um den von ihm ganz besonders verehrten Feldmarschall und Chef des großen Generalstabes aufzusuchen, und verweilte nahezu eine Stunde bei ihm.

Der Socialdemokrat Hasenclever ist bekanntlich wegen einer in Feib gehaltenen Rede von dem Appellationsgerichte in Raumburg zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Es handelt sich um jenen Passus der Rede, in welchem Hasenclever gegen die Anklage seiner Gegner protestirte, welche (doch ganz richtig) behaupteten, daß die Socialisten Bummel seien, weil sie von den Pfennigen der Arbeiter lebten. Hasenclever zog daraus die Consequenz, daß der Reichskanzler ebenfalls von den Pfennigen der Steuerzahler lebe und deshalb auch jenen Titel verdienen würde.

Der socialdemokratische Agitator Grottkau ist in erster Instanz wegen eines Artikels in dem von ihm herausgegebenen Flugblatt: „Die Laterne,“ zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

In Trier und Coblenz befinden sich mehr als 50 katholische Geistliche im Gefängniß.